

Wahlkampfthemen. Teil V, Die Energiepolitik : erneuerbare Energien im Mittelpunkt der Debatte

Autor(en): **Tschanz, Pierre-André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **26 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909808>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Wahlkampfthemen (V): die Energiepolitik

Erneuerbare Energien im Mittelpunkt der Debatte

Die Energiepolitik ist seit mehreren Jahrzehnten ein Zankapfel. Anfänglich konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die Frage der Atomenergie. Heute geht es hauptsächlich um die Förderung und den Stellenwert erneuerbarer Energien in der Energieversorgung des Landes, um den Verzicht auf Kernenergie und die Einführung von Lenkungsabgaben.

Der Schweizer Souverän hat der eidgenössischen Energiepolitik seinen Stempel aufgedrückt, vor allem mit dem Kernenergie-Moratorium von 1990. Damit sprach er sich für ein auf zehn Jahre befristetes Verbot von

Pierre-André Tschanz

neuen Atomkraftwerken und sonstigen nuklearen Anlagen aus. Nächstens wird er über zwei Volksinitiativen zu befinden haben: Die eine verlangt die Verlängerung des Moratoriums um weitere zehn Jahre, die andere fordert den Ausstieg aus der Kernenergie. Die hinter diesen Initiativen stehenden ökologischen Kreise setzen sich auch für die Förderung erneuerbarer Energien, hauptsächlich der Solarenergie, ein. Sie verlangen ausserdem ein System von Lenkungsabgaben als Anreiz zum Energiesparen und zur Verwendung von erneuerbaren Energien. Die rechtsbürgerlichen Kreise, die der Atomenergie im allgemeinen positiv gegenüberstehen,

«Wir haben viel zu viel Atomstrom.»

RUEDI RECHSTEINER, SP

setzen auf die im Gang befindliche Deregulierung des Elektrizitätsmarkts und verlangen den weiteren Betrieb der bestehenden Kraftwerke.

Dem Umweltschutz verpflichtet

Die Sozialdemokratische Partei (SP) fordert gleichzeitig mehr Umweltschutz und mehr Markt. Der Basler Nationalrat Ruedi Rechsteiner weist darauf hin, dass die Entsorgungskosten für Nuklearabfälle (20 bis 30 Milliarden

Franken) beim Preis für Strom aus Kernkraftwerken nicht berücksichtigt werden. «Wir haben viel zuviel Atomstrom», bemerkt er und tritt im Interesse der erneuerbaren Energien für eine ökologische Steuerreform und zeitlich befristete Lenkungsabgaben ein. Seiner Ansicht nach sollte die Schweiz auf den technischen Fortschritt setzen.

Die weiter links angesiedelte Partei der Arbeit (PdA) stösst ins gleiche Horn: schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke, Förderung erneuerbarer Energien sowie Sparmassnahmen. Der Genfer Nationalrat Jean Spielmann wünscht sich verstärkte Anstrengungen auf dem Gebiet der angewandten Forschung. «Aus wirtschaftlicher Sicht ist das technologische Potential für unser Land interessant. Dies bedingt jedoch eine Veränderung der Vorgehensweise und der Mentalität», erklärt er. Die PdA unterstützt Lenkungsabgaben und Anstrengungen zur Förderung des Umweltbewusstseins.

Die Grünen schlagen in ihren Postulaten radikalere Töne an: Ausstieg aus der Atomenergie innert fünf Jahren und sofortige Stilllegung der Kernkraftwerke Mühleberg und Beznau 1 und 2 sowie Förderung der erneuerbaren Energien (Solar- und Windenergie) mittels Lenkungsabgaben. Erste Priorität, so die Aargauer Nationalrätin Katrin Kuhn, hat aber eine ökologische Steuerreform mit einer erheblich stärkeren Belastung der Energie bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten. «Lenkungsabgaben sind jedoch unumgänglich, bis die Steuerreform voll wirksam wird», betont sie.

«Die beste Energie ist die eingesparte Energie», erklärt der Zürcher Nationalrat Roland Wiederkehr vom Landesring der Unabhängigen (LdU). Er plädiert ebenfalls für eine ökologische Steuerreform und ein Steuersystem, das es er-

möglicht, den Anteil der nichterneuerbaren Energien zu reduzieren und Energiesparmassnahmen zu fördern.

«Die beste Energie ist die eingesparte Energie.»

ROLAND WIEDERKEHR, LdU

Umweltsensibilität auch bei den Rechten

Sensibilität für die Umwelt ist kein Privileg der Linken, der Grünen und der LdU. Auch die ganz rechts stehenden Schweizer Demokraten (SD) geben sich umweltbewusst. Sie treten für den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie, für verstärkte Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet der Solarenergie und für die Optimierung der bestehenden Wasserkraftwerke ein. Bezüglich der Steuern plädieren sie für eine grössere Belastung der grossen Energiekonsumenten. «Eine solche Steuer fördert die Energiesparmassnahmen»,

erklärt der Baselbieter Nationalrat Rudolf Keller.

Innovative und Konservative

Selbst bei den grossen bürgerlichen Parteien haben ökologische Anliegen ihren Platz. In der Energiepolitik sind bei der

«Auf die Kernenergie kann nicht verzichtet werden.»

JEAN CAVADINI, FDP

Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) wie auch bei der Christlichdemokratischen Partei (CVP) zwei Strömungen auszumachen: Es gibt einen «innovativen» und einen «konservativen» Flügel, wie sie der Berner FDP-Nationalrat Marc Suter zu bezeichnen pflegt. In seiner Partei sind beide Strömungen etwa hälftig vertreten. Die «Innovativen», zu denen Marc Suter zählt, unterstützen den langfristigen Verzicht auf die Atomenergie und deren Ersatz durch erneuerbare Energien (Optimierung der

Wasserkraftwerke, Holz, Biomasse, Solarenergie) und die Förderung von Energiesparmassnahmen (namentlich bei der Gebäudedisolation). «Man könnte den Energiekonsum ohne nachteilige Folgen, ja sogar mit einer Steigerung der Lebensqualität, um die Hälfte reduzieren», äussert sich Marc Suter.

Der «konservative» Flügel der Freisinnigen dagegen widersetzt sich den Lenkungsabgaben und der ökologischen Steuerreform. Er sieht die Lösung in der Deregulierung des Elektrizitätsmarkts.

Diese beiden Strömungen finden sich auch in den Reihen der CVP. Der eher ökologisch gesinnte Schweizer Ständerat Bruno Frick fordert eine rasche Deregulierung des Elektrizitätsmarkts, gepaart mit Anstrengungen zur Optimierung der Wasserkraft. Er verlangt auch die Einführung einer Energiesteuer, deren Ertrag (anfänglich drei bis vier Milliarden Franken) zur Senkung der Soziallasten verwendet werden soll: «Die Energiesteuer reduziert die Arbeitskosten und stärkt die Wirtschaft», urteilt Frick. Mit zeitlich befristeten Lenkungsabgaben sollen ausserdem die erneuerbaren Energien gefördert werden.

Die Verfechter der Marktwirtschaft

Mit Ausnahme der SD steht für die rechtsbürgerlichen Parteien die freie Marktwirtschaft an oberster Stelle. Der Aargauer Nationalrat Christian Speck von der Schweizerischen Volkspartei

«Die Wirtschaft erträgt keine neuen Abgaben.»

CHRISTIAN SPECK, SVP

(SVP) setzt sich für den weiteren Betrieb der bestehenden Atomkraftwerke ein, solange deren Sicherheit garantiert ist. Er bejaht die Renovation der Wasserkraftwerke, sofern keine öffentlichen Mittel dafür verwendet werden, und verlangt eine Reduktion der Wasserzinsen. Eine Energiesteuer kommt für ihn nicht in Frage: «Die Wirtschaft erträgt keine neuen Abgaben.»

Parteien im Steckbrief (V)

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP Schweiz)

Sitze im Nationalrat: 57; im Ständerat: 5
Präsidentin: Ursula Koch (ZH)
Adresse: Spitalgasse 34, Postfach 7876, 3001 Bern
Tel. +41 31 329 69 69
Fax +41 31 329 69 70
Internet: www.sp-ps.ch
E-Mail: sekretariat@sp-ps.ch

Die SP über sich:

«Uns wählen jene, die eine soziale, umweltfreundliche und offene Schweiz wollen. Die SP setzt sich ein für ein gerecht finanziertes Gesundheits- und Sozialversicherungssystem, für Arbeit für alle zu einem existenzsichernden Lohn, die Gleichstellung der Geschlechter und den Beitritt zur EU.»

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)

Sitze im Nationalrat: 45; im Ständerat: 17
Präsident: Franz Steinegger (UR)
Adresse: Neueneggasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. +41 31 320 35 35
Fax +41 31 320 35 00
Internet: www.fdp.ch
E-Mail: gs@fdp-prd.ch

Die FDP über sich:

«Die FDP ist beides: weltoffen und heimattverbunden. Vor 150 Jahren war sie die Gründerpartei dieses Staates. Heute wahrt sie das kostbare Erbe der Väter, kämpft aber entschlossen dafür, dass die Schweiz ihren Platz in Europa und in der Welt halten kann.»

Die Freisinnigen befürworten die Bestrebungen zur Diversifizierung der Energieversorgung, wobei vermehrt auf erneuerbare Energien gesetzt werden soll. Aus ihrer Sicht eröffnet die Deregulierung des Elektrizitätsmarkts erfolgversprechende Perspektiven. Der Betrieb der Atomkraftwerke soll unter der Voraussetzung verbesserter Sicherheitsvorkehrungen und der Suche nach Lösungen für das Problem des Atomabfalls fortgeführt werden. «Auf die Kernenergie kann nicht verzichtet werden», findet der Neuenburger Ständerat Jean Cavadini.

Die Freiheits-Partei schliesslich befürwortet die Kernenergie und hält das diesbezügliche Moratorium für verfehlt. Ihrer Ansicht nach ist es falsch, die Atomenergie durch erneuerbare Energien ersetzen zu wollen. ■

Schweizer
REVUE 3/99

Die Atomkraftwerke haben zugunsten erneuerbarer Energien an politischem Rückhalt eingebüsst. (Foto: INCOLOR AG)

